



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Von der preußischen Grenze.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

Gerechtigkeit fordert, mit in Betracht zieht, muß man wol gestehen, daß zum Tadel nicht unbedingt Grund vorhanden ist.

Der Gesamtbetrag der Elbzölle ist nicht mehr ein bedeutender; er ist von 945,480 Thlr. im Jahre 1845 auf 446,899 Thlr. im Jahre 1858 gesunken. Hierin ist jedoch der stader (brünshäuser) Zoll nicht mit eingerechnet, welcher resp. 206,133 und 266,056 Thlr. betrug. Die Summe ist offenbar an und für sich, wenn man von ihr die Verwaltungs- und für die Flußschifffahrt nothwendigen Erhaltungskosten abrechnet, von einer dem großen darüber erregten Streit wenig analogen Bedeutung. Dies um so mehr, wenn man die Ablösung des Sundzolles, dessen rechtliche Basis beharrlich bestritten wurde, mit ihr in Vergleich stellt. Es läßt sich erwarten, daß, wenn der ernste Wille in der That vorhanden ist, auch die Mittel sich aufbringen lassen. Uns konnte es hier nur um die Darlegung des Thatbestandes zu thun sein; wir erkennen dessen lästige Seiten sehr wohl, sind aber doch der Meinung, daß sie, gleich manchen anderen Ausflüssen des Particularismus, nur auf dem Wege der rechtlichen Anerkennung und Vereinbarung gehoben werden können. So weit es sich heute übersehen läßt, findet die Elbzollfrage nur auf diese Weise ihre sichere und schnelle Erledigung, beides, weil im Grunde die Wünsche aller Regierungen ebenso entschieden auf dies Ziel gerichtet sind, wie es die Wünsche aller Urtheilfähigen überhaupt nur sein können.

### Von der preussischen Grenze.

Unter den zahlreichen Angriffen, welche die preussische Politik in der letzten Zeit erfahren hat, ist der schärfste die neuer erschienene Vorrede zu einem 1853 herausgegebenen Buch: Grundsätze der Realpolitik, angewendet auf die staatlichen Zustände Deutschlands (Stuttgart, Göpel). Ueber das Buch selbst haben wir hier weiter nichts zu sagen, da es seiner Zeit in den Grenzboten als eine geistvolle Kritik der bestehenden Parteinungen besprochen worden ist, die Vorrede hat das Unglück gehabt, mehre Wochen zu spät zu erscheinen, denn das Verbot der Pferdeausfuhr, welches sie mit so großer Heftigkeit verlangt, ist längst erfolgt. Da aber der Verfasser bei seinem großen Talent allgemeines Gehör beanspruchen kann, und da es nicht ohne Interesse ist, grade der Realpolitik gegenüber die reale Politik gegen das souveräne Gefühl zu vertheidigen, das Gefühl, welches nirgend beredter und kräftiger sich äußert, als in dieser Schrift, so gehen wir ausführlicher darauf ein.

Die Sachlage charakterisirt der Verfasser, und wie wir glauben vollkommen richtig, folgendermaßen. „Oestreich und Preußen, als geborne und nothwendige Nebenbuhler, haben im Allgemeinen wenig Ursache, einander zu unterstützen oder

gar Opfer zu bringen? . . . Welchen Grund hätte Preußen insbesondere, die österreichische Herrschaft in Italien zu begünstigen? Wenn Oestreich vor neun Jahren ein Heer gegen Schleswig-Holstein absickte, so hatte es dabei keinen andern Zweck, als den preussischen Einfluß aus den deutschen Landschaften zu verdrängen, in denen es die dänische Fremdherrschaft wieder herstellte. Und jetzt soll Preußen seine Heere ausrücken lassen, um Oestreich im Besitz seiner italienischen Provinzen zu schützen?“ — „Aber nicht genug, daß Preußen, um für Oestreich Partei zu nehmen, Böses mit Gutem vergelten muß, hat es dabei einen Einsatz zu machen, welcher weit größer ist als derjenige, welcher für Oestreich selbst auf dem Spiel steht. Für Oestreich handelt es sich um eine Provinz, deren Verlust es im schlimmsten Fall verschmerzen könnte, für Preußen dagegen um seine ganze Rolle als Großmacht. (Vielmehr um seine Existenz!) Von dem Augenblick an, wo Preußen in den Krieg eintritt, wird der Hauptschauplatz desselben natürlich an den Rhein verlegt werden, und daß Preußen hier auf den wirksamen Beistand Oestreichs mit einiger Sicherheit rechnen könnte, wird ein umsichtiges Urtheil schwerlich zu behaupten wagen. Ein Kampf mit einem übermächtigen Gegner, und für einen Bundesgenossen, der im voraus mit Undank gezahlt, und dessen nachträglicher Undank so gewiß ist wie ein mathematischer Satz, ein Kampf auf Leben und Tod für eine fremde, für eine beinahe feindliche Sache, das ist es, was Preußen mit der österreichischen Bundesgenossenschaft zu übernehmen hat.“ — Ferner im Folgenden: „Es ist nichts natürlicher, als daß Preußen eifrig bemüht ist, einen Krieg hinterzuhaltten, der ihm im glücklichsten Fall kaum einen andern Vortheil verspricht, als die Aufrechthaltung des bisherigen Zustandes der Dinge mit allen seinen Anzuträglichkeiten, schwierigen Aufgaben und Nebenbuhlerschaften.“ —

Jeder unbefangene Leser erwartet nach dieser sehr deutlichen und sehr sachgemäßen Auseinandersetzung, der Verfasser werde ähnlich schließen, wie die von H. v. Arnim als „unstaatsmännisch und unpreussisch“ qualifizierte Broschüre: „Preußen und die italienische Frage;“ um so mehr, als im Vorigen Sardinien's Sache (freilich nicht seine Mittel) warm gelobt war. \*) Man wird also nicht wenig überrascht, als er plötzlich eine ganz entgegengesetzte Wendung nimmt.

„Gleichwol will diese Bundesgenossenschaft mit allen ihren Nachtheilen und Gefahren übernommen sein.“ Nicht aus andern Gründen, sondern „im eignen unmittelbaren Interesse muß und wird Preußen mit Oestreich gegen Frankreich unter allen Umständen gemeinschaftliche Sache machen. Denn (1.) der Sieg Frankreichs über Oestreich wäre unfehlbar der Anfang des Unterganges Preußens. Ueberhaupt (2.) aber ist die Zukunft Preußens bedingt durch eine endliche Versöhnung mit der öffentlichen Meinung in Deutschland, welche einen Rückfall in die Politik des basler Friedens, gleichviel ob mit Recht oder mit Unrecht (!), wie eine namenlose

\*) „Daß Sardinien seit nunmehr elf Jahren und inmitten der schwierigsten Umstände unerschütterlich an dem Gedanken, an dem Entschluß festgehalten hat, Italien von der Fremdherrschaft zu befreien, das ist die Ehre seines Volks und der Ruhm seiner Staatsmänner, und es gehört eine seltene Stupidität oder eine wahrhaft dänische Niederrichtigkeit dazu, dem Nationalpatriotismus der sardinischen Staats- und Volkspolitik nicht bloß die verdiente Anerkennung zu verweigern, sondern denselben gar mit Schmach zu überschütten.“

Infamie aufnehmen würde. Mit einem Worte, die Neutralität Preußens wäre eine Politik des Wahnsinns.“

Schon der — höchst überzeugende und lichtvolle Schluß verräth, daß der Verfasser durch die Heftigkeit seiner Sprache nur seine eigne Unsicherheit betäubt. Während er das, was gegen seine Ansicht spricht, deutlich, correct und mit erwogenen Gründen ausführt, deutet er das, was für sie spricht, nur durch einige oberflächliche Phrasen an, die im Grunde nichts sagen.

Was den zweiten Grund betrifft, die „Veröhnung“ mit dem deutschen Publicum, so erlauben wir uns folgendes zu bemerken. — Unsere süddeutschen Freunde überschätzen ihren Einfluß. — Wir wissen sehr gut, daß dort auf Preußen von Weisen und Thoren viel geschmäht wird, wir empfinden es zuweilen mit Schmerz; aber die Vorwürfe, die man uns macht, sind so absurd und lächerlich, daß es von unsrer Seite eine „Politik des Wahnsinns“ wäre, uns von diesen Vorwürfen irgend wie bestimmen zu lassen. — Die gute Meinung des deutschen Publicums führt uns heute ebenso wenig auch nur ein einziges Bajonett zu, als sie es zur Zeit der Schlacht von Bronzell gethan haben würde; und die Situation ist zu ernst, es handelt sich in der Gefahr, der wir uns unterziehen sollen, so um unsere Existenz, daß der Applaus oder das Fischen des Parterre uns im Verhältniß dazu ganz gleichgiltig sein kann.

Da nun aber der Vorwurf des Verfassers hauptsächlich die preußischen Kammern trifft, und da nach unsrer Ueberzeugung weder die Kammern noch die Regierung, ohne andere zu beleidigen, über die Motive der preußischen Politik sich aussprechen können, so übernehmen wir es, auszusprechen, was in Preußen jedermann denkt.

So sehr der Kaiser Napoleon jetzt mit uns kokettirt — noch die neueste Moniteurnote ist ja eine Verherrlichung unsrer Unionspolitik — so wissen wir doch sehr wohl, daß es den Franzosen viel mehr um den Erwerb der Rheingrenze, als um einen Beutezug in Italien zu thun ist; wir wissen sehr wohl, daß dieser Instinct des Volks zuletzt den Kaiser bestimmen wird. Freilich würde er unter Umständen den Versuch machen, uns für den Rhein irgend welche Entschädigung anzubieten, da aber Preußen in diese Infamie niemals willigen wird, so sehen wir über kurz oder lang einem ernstern Conflict entgegen; unsere Aufgabe ist nur die, es so einzurichten, daß dieser Conflict in der für uns günstigsten Zeit eintritt.

Wenn Napoleon anstatt mit Oestreich nicht gleich mit uns angefangen hat, so liegt das zum Theil in seinen Beziehungen zu England, zum Theil aber auch darin, daß die öffentliche Meinung einen größern Einfluß auf ihn übt, als man glaubt. Gegen Preußen hat er nicht den geringsten Vorwand, indem er aber die italienische Sache zu der seinigen machte, rechnete er auf die laute oder stille Sympathie aller Völker. Er hat sich darin bitter getäuscht, und wir sind fest überzeugt, daß er in diesem Augenblick, wenn er es könnte, die Sache wieder rückgängig machen würde. Er kann es nicht mehr, wie wir fürchten. Um so freudiger aber würde er jeden Vorwand ergreifen, der Sache eine Wendung zu geben, die mit dem Instinct seines Volks zusammenhinge. Die doppelte Spitze seiner Rüstung ist bereits gegen den Rhein gefehrt und jede Drohung Preußens würde sein Heer in das Herz unseres Reichs ziehn.

Für diesen Fall sind wir nicht bloß berechtigt, sondern verpflichtet, von unsern

Verbündeten Garantien zu fordern, daß wir nicht allein die Zehne zu bezahlen haben. Der Realpolitiker sagt zwar in seiner gewöhnlichen bündigen Weise: „wenn man davon spricht, daß Preußen als Gegenleistung für seinen Beistand von Oestreich Bürgschaften dieser oder jener Art verlangen müsse, so würde solchen Hirngespinnsten durch jede Art von Erörterung zu viel Ehre geschehn.“ Das sind aber bloß Worte, und wir wollen statt der Worte die Sachen hervorheben.

Wenn jene Bürgschaft freilich nur in Versprechungen bestände, so würden wir über ihr Gewicht grade so denken, wie der Realpolitiker; wir fordern aber eine Bürgschaft anderer Art.

Wir fordern eine Bürgschaft dafür, daß der Krieg auf eine zweckmäßige Art geführt wird; eine Bürgschaft dafür, daß wir ihn nicht allein zu führen haben; eine Bürgschaft endlich dafür, daß Oestreich oder ein anderer deutscher Bundesstaat nicht auf unsere Kosten Frieden macht, sondern daß wir für unsere grenzenlosen Opfer eine angemessene Entschädigung erhalten.

Ueber die Möglichkeit und sogar Wahrscheinlichkeit dieser Eventualitäten denkt der Verfasser genau so wie wir, es ist also nicht nöthig, mit ihm darüber zu streiten.

Auf welche Weise Oestreich für das Nichteintreten dieser Eventualitäten genügende Bürgschaft leisten will, das zu finden, ist seine Sache, da in diesem Augenblick Oestreich um Hilfe bittet, nicht wir; vor allen Dingen gehörte dazu die Ertheilung des unbedingten Obercommandos an Preußen mit der Berechtigung, gegen jeden General, der Separatinstructionen vorschützt, nach Kriegsgesetz zu verfahren. Kann Oestreich für diesen Punkt genügende Garantien nicht bieten, so wäre es von Preußen eine Politik des Wahnsinns, sich freiwillig in die Gefahr zu ver setzen, halb zertrümmert die Hilfe des unberührten Oestreich zu ersehen. Es wird sich in diesem Fall vielmehr darauf beschränken, seine Bundespflicht zu erfüllen, d. h. die Grenzen des deutschen Bundesgebiets zu schützen. Dieser Pflicht wird es unter allen Umständen genügen, denn über die Verbindlichkeit der Verträge denkt Preußen ernster als der Realpolitiker. Wenn Preußen den Eintritt dieser Eventualität abwartet, bedarf es weiter keiner Bürgschaften, es nimmt sie dann sich selber.

Freilich widerspricht diese Politik auch unserm Gefühl; auch wir, die wir von Oestreich keineswegs so schlecht denken als sein Anwalt, würden eine vorhergehende Verhandlung mit Oestreich und ein unbedingt gemeinsames Handeln, das wir für sehr möglich halten, vorziehen: wenn man aber darüber klagt, daß diese Einigung nicht zu Stande kommt, so klage man Oestreich an und nicht Preußen.

Was verlangt man denn eigentlich von dem preussischen Landtag? Der preussische Landtag könnte nichts Anderes sagen, als was wir eben gesagt haben, nur mehr oder minder schwarz gefärbt; mit Declamationen, wie wir sie neuerdings wieder in Kassel gehört, ist in Berlin nicht gethan. Wenn aber der Landtag nicht anders reden kann, so ist es nach unserer Ueberzeugung besser, daß er schweigt; die Presse kann die Wahrheit unbedingt aussprechen, weil sie niemand die Verantwortlichkeit aufbürdet, eine politische Körperschaft aber hat Rücksichten zu nehmen.

Freilich sind es grade diese Rücksichten, die den Realpolitiker beleidigen, er äußert sich darüber ziemlich stark. „In einer Zeit, wo ein Wort des preussischen Landtags eine That sein könnte, macht der preussische Landtag den Mann des bleichen Pathos und der schweifwedelnden Phrase zu seinem Wortführer, um seine aller-

unterthänigsten Gefühle zu bezeugen.“ „Wenn die politische Freiheit und das parlamentarische Recht sich erschleichen ließe, so möchte der von dem preussischen Landtag eingeschlagene Weg zum Ziel führen; da es aber auf dem Gebiet des Staatslebens keinen andern Besitz gibt als denjenigen, welcher mit gewaffneter Hand erobert und mit selbstständiger Macht behauptet wird, so ist es eine falsche Rechnung, wenn der preussische Landtag . . . ein zartfühlendes Stillschweigen über die empörenden Thatsachen der jüngsten Vergangenheit beobachtet.“ — Die letzte Behauptung ist wol nur daraus zu erklären, daß der Realpolitiker keine Zeitungen liest. Wenn ihm der Landtag über die Thaten der jüngsten Vergangenheit noch nicht laut genug spricht oder schreit, so ist er wirklich schwer zu befriedigen. Man sieht bei ihm aber recht deutlich, wie keiner mehr der Gefahr ausgesetzt ist, in Phrasen zu verfallen als wer fortwährend ausruft: „nur keine Phrasen!“ Denn jene Bemerkung über die Nothwendigkeit, die Freiheit mit gewaffneter Hand zu erobern, ist für den gegenwärtigen Fall wirklich eine leere, ja sinnlose Phrase. Wenn der Landtag in der That etwas damit ausrichten könnte, mit Schwert und Spieß vor das königliche Schloß zu rücken, so hätte er jedenfalls jetzt dazu keine Veranlassung, da man ihm von dort aus auf das bereitwilligste entgegenkommt, da die Majorität des Landtags und mit ihm fast das ganze Land mit der Regierung in den Hauptfachen vollkommen einig ist; wenn man in Süddeutschland diese Einigkeit nicht billigt, so ist das bedauern, aber wir werden suchen müssen, es zu ertragen.

Was den Verlauf der politischen Angelegenheiten selbst betrifft, so erkennt die Conferenz über die Donaufürstenthümer, wie wir es voraus sagten, die vollendete Thatsache an; mit der schweizer Neutralität haben sich Oestreich und Preußen einverstanden erklärt; über die Präliminarien der beabsichtigten Conferenz wissen wir grade so viel als früher, wir wissen nur, daß statt der Entwaffnung alle Welt die Rüstungen vermehrt. Englands Einfluß ist durch die Ministerkrisis fast ganz paralysirt, Rußland spielt ein verstecktes Spiel; wenn wir von unserm Standpunkt aus an die preussische Regierung eine Interpellation zu richten hätten, so wäre es die, ob sie bereits versucht hat, sich mit den übrigen Bundesregierungen zu verständigen. Diese Verständigung ist nothwendig, da Preußen unmöglich daran denken kann, sich zu isoliren, sie ist möglich, da diesmal glücklicherweise alle diese Regierungen mit Ausnahme Oestreichs ein vollständig identisches Interesse haben. Auch eine Verhandlung mit Oestreich kann nur dann mit einiger Aussicht auf Erfolg versucht werden, wenn vorher die übrigen Regierungen über alle Eventualitäten der Zukunft einig geworden sind. † †

**Nachtrag.** Die Erklärung, welche soeben die „Preussische Zeitung“ über die Anstalten gibt, welche Preußen trifft, um seiner Bundespflicht zu genügen, werden hoffentlich auch in Süddeutschland beruhigend wirken. — Nur noch eine Bemerkung in Bezug auf die Forderungen süddeutscher Blätter, eine gemeinschaftliche Rüstung des Bundes betreffend. Diese kann nur vom Bundestag ausgehn; das Präsidium des Bundes führt Oestreich, und so würde nach einem solchen Vorgang Preußen auf jede Möglichkeit einer Vermittlung Verzicht leisten — die bis jetzt, wie wir von der Pr. Z. mit großer Freude hören, noch nicht ganz abgeschnitten ist. — Die Ereignisse gehn so rasch, daß diese Bemerkung vielleicht antiquirt sein wird, wenn sie im Druck erscheint; jedenfalls scheint sie für das Vergangene nicht überflüssig. † †